Sie haben heute die wichtige Aufgabe abzuwägen, wem sie am ehesten zutrauen, das zuerst von Hans Roth und dann von Winfried Scheuermann immer wieder geholte Direktmandat der CDU im Enzkreis zu verteidigen – gegen die Konkurrenz von bekannten Abgeordneten der SPD und der FDP. Ich nehme es mit beiden gut auf, kann Paroli bieten.

- Ich kann langjährige Erfahrung vorweisen und damit auch Wissen und Kompetenz durch die Arbeit in Gemeinderat, Kreistag und Regionalverband und damit in öffentlichen Mandaten. Landespolitik und Kommunalpolitik haben viele Schnittstellen
- Ich trage Verantwortung als Fraktionsvorsitzender. Besonders als Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion kenne ich Aufgaben und Probleme im Enzkreis, verbunden damit verfüge ich über einen entsprechenden Bekanntheitsgrad
- Ich habe Verbindungen und Kontakte sowohl durch meine politische als auch durch meine berufliche Tätigkeit
- Erprobte Erfahrung in der Öffentlichkeitsarbeit und in der Vermittlung von Themen für die Bürger. Ich setze auch das

  Internet, das stark von jungen Menschen genutzt wird, im Alltag für die politische Arbeit ein
- Viele Bürger wissen, dass ich mit Herzblut, Fleiß, Begeisterung, Gestaltungsfreude und Durchsetzungsfähigkeit meine Mandate ausübe. Dazu gehört auch eine gewisse Sturheit, an Themen dran zu bleiben, um Ziele zu erreichen. Die Bürger belohnen das immer wieder mit hohen Stimmenzahlen
- Als Vater dreier Kinder im Alter von 11, 10 und 5 Jahren sowie Ehemann einer berufstätigen Frau weiß ich, was es heißt, täglich Familie und Beruf zu vereinbaren
- Auch als Chef einer 14-köpfigen Redaktion habe ich eine breite berufliche Erfahrung, übrigens in einem Verlag, der vom Inhaber selbst geführt wird.

Kurzum: Ich stehe mit beiden Beinen im Leben, sage auch in den Gremien, was ich denke und will vor allem eines sein: ein fleißiger, im Wahlkreis präsenter, für die Menschen begreifbarer und greifbarer

Abgeordneter.

Ein Abgeordneter muss vollen Einsatz zeigen und auch Sprachrohr für die Wähler sein, Adressat bei persönlichen Sorgen und Nöten, kurzum Kummerkasten. Politik vor Ort muss für die Bürger verlässlich sein.

Wenn **wir** bei den Menschen sind, werden sie auch bei den nächsten Wahlen bei uns sein. Vertrauen wachsen lassen nennt sich das. Dass ich am Tag meiner kirchlichen Trauung morgens noch den Wasserschaden einer Familie in Lienzingen angeschaut habe, die auf Hilfe durch die Stadt hoffte, liegt auf dieser Linie – hat bei meiner Frau allerdings zu einem gewissen Unverständnis – um es vorsichtig zu sagen - geführt.

Liebe Freunde, ich will alles tun, um möglichst viele Leistungen, Zuschüsse, Projekte in den Wahlkreis zu holen. In einer Zeit zunehmenden Verteilungskampfes auch unter den Stadt- und Landkreisen ein schwierig werdendes Unterfangen. Das braucht Standfestigkeit, Durchsetzungsvermögen, Erfahrung und Kontakte.

Ich möchte regelmäßig über Entscheidungen, die in Stuttgart fallen, informieren, sie vor Ort vermitteln. Ich möchte aber auch **das**, was die Menschen in den Gemeinden und in unserer CDU umtreibt, nach oben weiter tragen und dafür einstehen. Deshalb werde ich engen Kontakt zu allen Stadt- und Gemeindeverbänden sowie den Gemeinderatsfraktionen der CDU im Wahlkreis Enz halten, auch mit regelmäßigen Sprechstunden in den Städten und Gemeinden.

Ich will ihnen jetzt keinen Warenhauskatalog vortragen, auch kein Unterhaltungsprogramm bieten – dazu ist die Entscheidung heute zu wichtig -, sondern einfach sagen, welche Schwerpunkte ich für einen Landtagsabgeordneten des Enzkreises sehe, ohne dabei Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

Kern unseres Wohlstandes in diesem Land sind die Arbeitsplätze. Deshalb stelle ich das ganz oben an. Denn was verteilt wird, muss zuerst erarbeitet werden. Manche haben das vergessen, vor allem die, die meinen, die Kühe werde im Himmel gefüttert und auf Erden gemolken. Rückgrat unserer Wirtschaft ist der Mittelstand. Der

Mittelstand muss von Vorschriften entlastet werden. Wenn das Angebot eines Handwerksbetriebs von der Gemeinde ausgeschieden werden muss, weil bei einzelnen unbedeutenden Positionen die Preisangabe oder an einer unbedeutenden Stelle ein Kreuzchen fehlt, bringt das nicht mehr, sondern letztlich weniger Wettbewerb – und damit Nachteile für den Steuerzahler. Notwendige Darlehnsvergaben für mittelständische Betriebe, auch für Menschen, die sich selbstständig machen wollen, dürfen nicht durch immer neue Vorschriften des Gesetzgebers erschwert werden.

Wichtig ist auch im Interesse der Aufträge für Handwerk, Gewerbe und Handel und damit im Interesse der Arbeitsplätze, Wertschöpfung in der Region zu halten statt sie in ferne Konzernkassen fließen zu lassen. Das gilt besonders auch für die Energie. Konkreter Beitrag dazu ist die Stärkung von Stadtwerken und damit einhergehend der notwendige Ausbau erneuerbarer Energie als Beitrag zu mehr lokaler Unabhängigkeit in der auch für die Wirtschaft wichtigen Energieversorgung. Zum Beispiel Biomethananlagen, die gleichzeitig den häufig unter schwankenden Getreidepreisen leidenden Landwirten ein zweites Einkommen sichern. Trotzdem werden wir

noch vor einige Jahre an der Kernkraft als Brückentechnologie festhalten müssen. Eine Verlängerung von Laufzeiten etwa für Neckarwestheim I kann es für die Energieversorgungsunternehmen nicht zum Nulltarif oder zu einem Nasenwasser geben. Es kann nicht sein, dass allein die Stromverbraucher – Haushalte und Gewerbe – die Einspeisevergütungen für Fotovoltaik, Biogas oder Windkraft bezahlen. Wir brauchen niedrigere Energiekosten.

Liebe Freunde, wir gelten als Exportweltmeister. Doch wenn wir Exportweltmeister bleiben wollen, müssen wir auch Bildungsweltmeister sein. Der Zusammenhang zwischen **Arbeitsplätzen und damit Steuereinnahmen** mit Bildung, Forschung und Innovation erfordert zusätzliche Bildungsanstrengungen auch in Baden-Württemberg. Auch wenn wir in den Pisa-Studien in Vergleich mit anderen Bundesländern durchweg gute Noten bekommen, auch wenn wir neben zu den acht Milliarden Euro im Staatshaushalt eine Bildungsoffensive mit zusätzlich 530 Millionen Euro starten, wenn die Zahl der Ganztagesschulen steigt und damit auch ein nachhaltiger

Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie geleistet wird, kommen wir bildungspolitisch in Baden-Württemberg erst jetzt mit der neuen Kultusministerin in die Offensive. Marion Schick, lieber Stefan, war eine kluge Entscheidung.

Aufgaben stehen an. Da ist eine zu selbständige Kultusbürokratie, die die Ministerin in den Griff bekommen muss (siehe Werkrealschulen). Wir müssen den Ergänzungsunterricht in den Schulen wieder ausbauen, weil dadurch Kindern zusätzlich Freude an der Schule vermittelt werden kann. Ganztagesschulen in offener Angebotsform sind ein Schritt in die richtige Richtung, aber es bedarf noch entscheidender Verbesserungen. Ich denke, wir müssen mit Eltern, Lehrern und Schülern reden – auch über G 8 (ich bin selbst Vater zweier G-8-Söhne). Wir müssen aufnehmen, was Lehrer, Eltern und Schüler vorbringen, dabei selbstbewusst aber nicht selbstgerecht auftreten. Bildung, das ist auch die Voraussetzung für gelungene Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und für den gesicherten Lebensweg von Kindern ausbildungsferner Schichten, damit sie später ohne staatliche Alimentierung ihren Lebensunterhalt bestreiten und beruflich erfolgreich sein können.

Wichtig sind mir daneben die beruflichen Schulen, das bewährte System der dualen Ausbildung. Hier entscheidet sich auch, wie zum Beispiel Spätentwickler noch ihre Chance in unserem Bildungssystem haben. Wem es um die Durchlässigkeit des Bildungswesens ernst ist – und die CDU hat es zurecht auf ihre Fahnen geschrieben – der muss auch das System der beruflichen Gymnasien außerhalb der Großstädte ausbauen. Ich werde für ein Berufliches Gymnasium an der Berufsschule des Enzkreises in Mühlacker kämpfen.

Als Landtagsabgeordneter wäre die Bildungspolitik, die Versorgung der Schulen des Enzkreises mit Lehrerstellen, einer der Schwerpunkte meiner Tätigkeit. Wir dürfen nicht an der Bildung und damit nicht an Lehrerstellen sparen. Ob man mit Bildungspolitik eine Landtagswahl gewinnen kann, weiß ich nicht – verlieren kann man sie damit auf jeden Fall dann, wenn die Politik die Signale von Lehrern, Eltern und Schülern nicht genügend aufnimmt. Dann hilft auch kein 2,5 Millionen Euro teures Faltblatt mehr.

Lassen Sie mich zu einem ebenfalls wichtigen Thema kommen: die Infrastruktur. Beispiel Landesstraßen. Wer behauptet, hier sei nichts geschehen wie es die Opposition tut, hat keine Ahnung. Nicht zuletzt unserem Abgeordneten Winfried Scheuermann, seinem Einfluss und seinem Durchsetzungsvermögen ist zu verdanken, dass in den Enzkreis seit dem Jahr 2000 rund 26 Millionen Euro für Investitionen im Landesstraßenbau geflossen sind – hinzu kommt fast die gleiche Summe an Geldern des Landes für kommunale Straßenbaumaßnahmen.

Derzeit wird am ersten Abschnitt der OD Neuenbürg gearbeitet, der Baubeginn an der Landesstraße Sternenfels bis Leonbronn steht bevor. Aber es bleiben auch noch ungelöste Aufgaben: Als nächstes muss sicherlich der Ausbau der L 1175 von Heimsheim nach Friolzheim einschließlich des Abzweigs nach Tiefenbronn erfolgen. Es warten darüber hinaus noch andere Projekte, unter anderem die restlichen Abschnitte der L 1134 als wichtige Nord-Süd-Achse des östlichen Enzkreises zwischen Sternenfels und Heimsheim, die Fortsetzung des Ausbaus zwischen der L 1175 bis Tiefenbronn, der Ausbau südlich Neuhausen bis zur Kreisgrenze Calw, aber auch der

einfache Ausbau von Schützingen bis zur Kreisgrenze nach Ludwigsburg und der Ausbau Friolzheim-Wimsheim. Es sind auch zu nennen Forderungen nach Ortsumgehungen wie die Südumfahrung Heimsheim und die Umgehung Pinache, die gefordert werden, um mehr Lebensqualität an den jetzigen Durchfahrtsstraßen zu ermöglichen.

Wir benötigen zunehmend auch verkehrsrechtliche Lösungen für Gemeinden mit stark befahrenen Ortsdurchfahrten, bei denen Ortsumgehungen an der Topografie scheitern. Paradebeispiel ist die OD Keltern.

Wir brauchen einen gleich bleibenden Haushaltsansatz für die Landesstraßen auch in finanziell schwierigen Phasen. Machen wir uns aber nichts vor: Es wird zwischen den Wahlkreisen auch einen Verteilungskampf geben, vor allem dann, wenn die Steuereinnahmen nicht viel kräftiger sprudeln als jetzt. Gute Argumente für ein Projekt sind wichtig, der nachhaltige Einsatz des Landtagsabgeordneten und

seine Verbindungen aber auch. Ich habe gelernt, zu kämpfen.

Darüber hinaus bleiben aber auch noch die Bundesfernstraßen, für die das Land plant, der Bund bezahlt. Dem **Aufbau Ost muss der Aufbau West folgen**. Schön ausgebaute Straßen, auf denen man morgens fast ungestört von Autos auf der Fahrbahn frühstücken könnte, haben wir nun genug im Osten. Wir brauchen den Ausbau der A 8 bei Niefern – das setzt aber eine allgemein akzeptierte Planung voraus – genauso wie die Beseitigung des Flaschenhalses B 10 bei Niefern. Eine rechtskräftige Planung liegt vor für den ersten Abschnitt der Westtangente Pforzheim, der nun endgültig realisiert werden muss und der auch zum Vorteil von Gemeinden des westlichen Enzkreises sein wird. In diese Liste gehört zudem der Bau der Ortsumgehung Bauschlott im Zuge der B 294.

Straßen, aber auch Schienen sind Lebensadern eines Kreises. Das Land ist Träger des Schienennahverkehrs und als solcher gefordert, die vom Land bestellten Fahrleistungen bzw. das Wagenmaterial der Bahn AG der gestiegenen Fahrgastnachfrage anzupassen. Dabei sollte künftig in der Bestellung auch auf Beratung der Fahrgäste Wert gelegt

werden, die nicht generell durch Automaten ersetzt werden darf – zumal auch noch die Zahl der Automaten von der Bahn reduziert wurde. Stärken wir den Schienennahverkehr!

Der Bau einer Stadtbahn von Ittersbach über Neuenbürg, Straubenhardt und Birkenfeld nach Pforzheim mit einer innerstädtischen Anbindung in Pforzheim und der Einbeziehung von Keltern ist ein höchst interessantes und wichtiges Projekt. Bei Vorliegen des notwendigen Kosten-Nutzen-Grads ist rasches Handeln gefordert von Stadt- und Landkreis sowie den Kommunen. Aber ohne eine finanzielle Förderung durchs Land ist dieses Jahrhundertprojekt nicht zu stemmen - aber es stehen schon einige aus anderen Landesteilen in der Schlange. Ich denke, gerade hier ist auch der Einsatz der Landtagsabgeordneten gefragt, so wie dies beim Bau der Enztalbahn bis in die Innenstadt von Bad Wildbad der Fall war – eine Schienenverbindung, die zur Erfolgsgeschichte geworden ist und zu deren Zustandekommen Winfried Scheuermann und unser heutiger Ministerpräsident wesentlich beigetragen haben.

Neben dem Abbau der Tarifhürden zum Verkehrsverbund Stuttgart ist wichtig auch die gute Anbindung unseres Kreises an den Schienenfernverkehr: Gute Zubringerverbindungen zur Magistrale für Europa in Stuttgart und Karlsruhe, verbunden mit dem Stopp weiterer Fahrplan-Ausdünnungen auf der Stammstrecke Karlsruhe-Pforzheim-Mühlacker-Vaihingen durch die Bahn, Ausbau der Stammstrecke zur Beschleunigung des Fernverkehrs.

Ich halte die Infrastruktur für einen wesentlichen Schwerpunkt in der Arbeit des Landtagsabgeordneten wie ich sie verstehe, damit hängen Arbeitsplätze zusammen und die Attraktivität des Enzkreises als Wirtschaftsstandort. Bildung, Infrastruktur und Arbeitsplätze, innere Sicherheit und Umweltpolitik – das sind Schlüsselbegriffe eines guten Wegs unserer Heimat in die Zukunft.

Innere Sicherheit muss gerade für die CDU eines der zentralen Politikfelder bleiben und ist Markenzeichen unserer Union. Wir haben eine niedrige Kriminalitätsrate und dank unserer Polizei eine hohe Aufklärungsquote. Doch ich weiß auch, dass in den Polizeirevieren und -posten immer wieder personelle Engpässe bestehen. Das Land

steht durch die uneinheitliche Altersstruktur der Polizei, die ihre Ursachen in schwankenden Einstellungszahlen seit Beginn der 1960er Jahre hat, vor einer größeren Pensionierungswelle. Rund die Hälfte der rund 25000 Polizisten werden bis 2020 ausscheiden. Allein schon deshalb müssen wir die jährliche Einstellung von 800 Polizeianwärtern beibehalten.

Aber wo soll angesichts einer Etatlücke gespart werden? Der Ansatzpunk heißt Entbürokratisierung, Entrümpelung von Vorschriften und liest sich ganz gut in jedem Programm. Nur: Ich habe den Eindruck, dass wir nach jeder Entbürokratisierung mehr Vorschriften haben als vorher. Wir müssen Fettabbau betreiben bei den Körpern, die ständig Vorschriften produzieren. Brauchen wir zum Beispiel eine Mittelinstanz mit vier großen Behörden? Niemand will mehr ran an die Regierungspräsidien, die stehen offenbar unter Naturschutz (aber für den sind sie ja auch zuständig). Weshalb brauchen wir das RP KA zur Frage, ob auf der Illinger Straße in Lomersheim Tempo 30 oder 40 gelten darf – das soll doch die kommunale Straßenverkehrsbehörde

abschließend entscheiden. Die CDU-Landesregierung in Niedersachsen hat die Bezirksregierungen abgeschafft. Und siehe da, die Verwaltung von Niedersachsen funktioniert auch ohne Bezirksregierungen.

Ich halte gute Verwaltungen für lebenswichtig für ein Land – dass wir uns nicht falsch verstehen. Gute Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst sind auch ihr Geld wert. Aber so wie sich auch in der Wirtschaft Aufgaben verändert haben und die Hierarchien flacher geworden sind, so kann sich auch das Land dem nicht entziehen. Ich bin ein entschiedener Verfechter, mehr vor Ort entscheiden zu lassen – dort sitzen die Menschen, die am nächsten dran sind an der Alltagswirklichkeit.

Wo wir sonst noch sparen können? Beim Länderfinanzausgleich, der Baden-Württemberg noch arm macht. Hier Veränderungen zu erreichen, muss Aufgabe der neuen Landesregierung sein. Wir können dann mehr Lehrer einstellen, mehr Geld in Ausbau und Unterhaltung von Straßen investieren – statt z.B. das rot-rote Brandenburg mit zu finanzieren.

Ein Zukunftsthema, das auch mir am Herzen liegt, ist die Umweltpolitik. Wir alle wissen: Niemand darf Raubbau mit der Natur betreiben. Gerade wir als Partei mit dem C im Namen müssen uns zur Bewahrung der Schöpfung bekennen. Das steht im Kontext zu einem anderen christlichen Postulat: macht Euch die Erde untertan – ich will hinzusetzen, beutet sie aber nicht aus.

Die Arbeit ist eines der Kennzeichen, die den Menschen von den anderen Geschöpfen unterscheidet. In diesem Spannungsverhältnis leben wir. Was dürfen die jetzigen Generationen unternehmen, um ihre Lebensgrundlagen zu sichern, ohne die Lebensgrundlagen künftiger Generationen zu gefährden?

Das ist für mich der Hintergrund der Debatte um den Flächenverbrauch. Daraus leiten sich konkrete Postulate ab. Landesentwicklungsplan, Regionalpläne und Flächennutzungspläne geben der Innenentwicklung Vorrang vor der Außenentwicklung. Dazu

stehe ich. Als Vorsitzender der CDU-Regionalverbandsfraktion Nordschwarzwald habe ich mich für das Modellprojekt Raum plus eingesetzt, das die Instrumente zur Innenentwicklung schärfen soll, was sich dann hoffentlich auch in der Landespolitik niederschlägt. An diesem Projekt ist aus dem Enzkreis die Gemeinde Remchingen beteiligt.

Es gibt gute Beispiele. „Wohnen an der Stadtbahn“ - dafür wirbt Königsbach-Stein und verbindet ein umweltfreundliches Verkehrsmittel mit dem Wohnen auch in den innerörtlichen Bereichen. Nicht jede Gemeinde hat einen solchen Glücksfall wie Illingen, nämlich ein brach liegendes großes Gewerbeareal, das sie nun mit Hilfe des Landes für Wohnungsbau und Handel nutzt. Doch wir haben auch Kommunen, die ohne Außenentwicklung weder Betriebe ansiedeln könnten (vorhandene Betriebe wandern ab wie z.B. in Kämpfelbach, weil Entwicklungsmöglichkeiten fehlen) noch Wohnbauland ausweisen können. Aus Achtung vor kommunaler Selbstverwaltung lehne ich es, dass das Land den Gemeinderäten Vorschriften über das hinaus macht, was ihnen heute schon als gesetzlicher Rahmen vorgegeben ist und sie einengt. Die

Gemeinderäte wissen, was gut ist für ihre Kommunen. Ich stehe z.B. zum IKG, das Kämpfelbach und Eisingen auf den Weg bringen wollen. Ich weise darauf hin, dass die 28 Städte und Gemeinden des Enzkreises aktuell die niedrigsten Pro-Kopf-Steuereinnahmen aller Landkreise Baden-Württembergs haben – das darf auch dem Abgeordneten des Enzkreises nicht egal sein.

Was uns verstärkt beschäftigen wird ist die demografische Entwicklung. Die Menschen im Enzkreis werden älter, nach der Prognose des Statistischen Landesamtes werden wir bis 2015 rund 2000 Einwohner verlieren. Wir brauchen als Strategie eine noch bessere Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie, Familien mit Kindern müssen gestärkt. Wir brauchen zukunftsfähige Konzepte für den Übergang zum Alter wie das Projekt Eden des Sozialwerks der Volksmission in Neulingen, aber auch moderne Pflegeheime, wie eines nun in Steinegg in Trägerschaft des Caritasverbandes entstehen soll. Wir brauchen, wie so oft, das Miteinander mit den freien Trägern, mit denen zusammen wir uns auch Gedanken machen müssen über

mehr vernetzte Hilfen für pflegende Angehörige auch vor dem Hintergrund einer steigenden Zahl Demenzkranker.

Es geht mir um das Miteinander. Dieses spielt sich ab in vielen Vereinen und Organisationen, die Ehrenamtlichkeit zur Ehrensache machen. Ehrenamtliche sind der Kitt dieser Gesellschaft. Sie zu unterstützen, ist vorrangige Aufgabe auch des Landes.

Der Enzkreis ist für mich der schönste Landkreis Baden-Württembergs. Nicht nur, weil er meine Heimat ist und Heimat immer etwas Besonderes, etwas Schönes ist. Der Reiz des Enzkreises sind die unterschiedlichen Landschaften: Schwarzwald, Kraichgau, Stromberg, Heckengäu und als verbindendes Element das Enztal. Er ist reich an Geschichte, deren Erben wir bewahren müssen. Herausragendes Schmuckstück, gar von nationaler Bedeutung, ist das Kloster Maulbronn als Weltkulturerbe. Ich werde mich dafür einsetzen, dass sich das Land weiterhin für Erhaltung und Unterhaltung der Klosteranlagen einsetzt.

Es wäre Ehre und Freude, für meinen Heimatlandkreis in Stuttgart tätig werden zu dürfen. Deshalb bitte ich Sie um Ihr Vertrauen.